

## A N T R A G

gemäß § 9 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen  
und seine Ausschüsse

Antragsteller/in	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Eingang	21.07.2023
Federführend	Büro BM

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

23.08.2023

Betreff:

**Sachstand Umsetzung Bürger\*innenrat  
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Die im Antrag enthaltene Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird wie folgt beantwortet:

1. Wann ist mit der Einberufung eines ersten Bürger\*innenrates zu rechnen? Wie weit sind die Vorbereitungen fortgeschritten?

Seitens der Verwaltung wurde eine hausinterne Abfrage im Hinblick auf mögliche Themen für einen Bürgerrat gestartet. Diese ist nunmehr abgeschlossen und wird aktuell ausgewertet bezogen auf die Anforderungen an einen Bürgerrat. Vgl. dazu [Vorlage VL 686/2021 \(kdz-ws.net\)](#). Geplant ist abweichend vom getroffenen Beschluss am 6. September in der Ratssitzung die Themenauswahl vorzustellen und beschließen zu lassen. Im Hinblick auf den öffentlichen Aufruf hegen sich seitens der Verwaltung Zweifel, ob ein öffentlicher Aufruf zur Themennennung für einen Bürgerrat ausreichend und zielführend ist. Letztlich geht es bei einem Bürgerrat um die Bearbeitung eines Themas von hohem öffentlichem Interesse, welches klar eingegrenzt ist. Außerdem muss eine Zuständigkeit der Kommune vorliegen und die Fragestellung in der gegebenen Zeit durch die Teilnehmerinnen und

Teilnehmer mit klaren Empfehlungen beantwortbar sein. Ob bei einem öffentlichen Aufruf dieser Effekt erreicht wird ist schwer vorherzusagen.

2. Wann wird die Öffentlichkeit informiert und zur Einreichung von Themenvorschlägen aufgefordert?

Siehe Ziffer 1.

3. Ist inzwischen die im Juni 2022 noch laufende Prüfung erfolgt, ob Sitzungsgeld und Kinderbetreuung für die Teilnehmenden zur Verfügung gestellt werden kann?

Grundsätzlich sollte für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer das Ziel im Vordergrund stehen, sich für ein bestimmtes Thema unentgeltlich zu engagieren und die Entwicklung einer Kommune mithilfe der Institution „Bürgerrat“ zukunftsorientiert zu begleiten. Ein gesetzlicher Anspruch auf die Zahlung eines Sitzungsgeldes oder die Organisation einer Kinderbetreuung besteht nicht. Es würde im Ermessen des Rates liegen zu entscheiden, ob und in welcher Höhe den Teilnehmern ein Aufwand erstattet wird. Über eine Kinderbetreuung könnte entschieden werden, wenn ein tatsächlicher Bedarf aus dem Teilnehmerkreis festgestellt wird.